

Hausfrauen sind auch Menschen

Die klassische Hausfrau ist in Bedrängnis geraten – jetzt soll das Familiengefühl gestärkt werden

Kinderkrippen, Mittagstische, Blockzeiten – das Familienleben wandelt sich. Seit einiger Zeit steckt die klassische Hausfrau in der Krise. Nun gibt es Hilfe: Die neue Hausfrauengewerkschaft ist bereit zum Kampf.

Mathias Ninck

Am 3. November 2004 ist in Dübendorf eine neue politische Organisation gegründet worden, die Hausfrauengewerkschaft. Die Organisation meint es ernst, obwohl sie mit ihrem lustig-anachronistischen Namen wirkt, als wäre sie ein Scherz. «Nein, nein, toderst meinen wir es», sagt die Präsidentin der Gewerkschaft und lacht. Sie heisst Susanne Hänni, ist 38 Jahre alt, Mutter von vier Kindern und seit der Geburt des dritten Kindes Hausfrau.

So richtig, das heisst wie eine Bombe, hat die Gewerkschaftsgründung nicht eingeschlagen. Die lokale Presse hat zwar darüber berichtet, aber viel mehr Aufmerksamkeit gab es nicht; und der Ansturm von frustrierten Hausfrauen hält sich in Grenzen. Etwa dreissig Mitglieder zähle die Gewerkschaft im zweiten Monat ihres Daseins, sagt Susanne Hänni. Dass es hart ist, das Hausfrauentum zu beackern, weiss man schon aus Deutschland. Da hat es die deutsche Hausfrauengewerkschaft nach 25 Jahren Existenz gerade erst geschafft, dass «über unser Anliegen nicht mehr gelacht wird», wie die Bundesvorsitzende Helga Vetter sagt.

Der Deutsche Hausfrauenbund, eine Parallelorganisation, arbeitet ebenfalls auf die «Hebung der gesellschaftlichen Anerkennung» hin, weil «ein gut geführter Haushalt die Quelle von Kraft ist, von der alle profitieren», wie es Geschäftsführerin Gisela Goerdeler formuliert. Er bietet in seinen Hauswirtschaftszentren Kurse an, die in den Erwerb eines «Haushalts-Führerscheins» münden. Da hört man den Staubsauger regelrecht brummen. – Nun, gesellschaftliche Anerkennung: Darum geht es auch der neuen Gewerkschaft aus Dübendorf. «Unser wichtigstes Ziel ist

die Aufwertung des Images», sagt Hänni. Aber was soll das bedeuten? Dass, ach, die Hausfrau eine arme ist?

Man mag es nicht recht glauben. Objektiv betrachtet, geht es der Hausfrau heute so gut wie nie: Der Aufwand für den Haushalt ist dank effizienten Putz- und Waschgeräten und einem fast unerschöpflichen Angebot an Frischprodukten und Fertigmahlzeiten stark geschrumpft. Zudem gibt es immer mehr Männer, die auch mal den Salat waschen oder den Kinderwagen schieben.

Es scheint sich also um ein Jammern auf hohem Niveau zu handeln. («Aber nein!») Ein Leuchten ist jetzt in den Augen von Susanne Hänni. «Das ist ja der Kern des Problems», sagt sie: «Wir haben nicht zu viel Arbeit, aber die

Arbeit ist anspruchsvoller geworden. Wie erzieht man Kinder in dem heutigen veränderten Umfeld? Das Hochlohnland Schweiz wird einmal hohe Anforderungen an sie stellen.» Die Kinder wüchsen nicht mehr in einem von Arbeit geprägten Umfeld auf, sie lebten in einer «Spielwelt». Dadurch fehle ihnen, wenn sie gross sind, die Vorstellung davon, was Arbeit bedeute, und ein auf Respekt und Rücksichtnahme gründendes Familiengefühl.

Krippen keine Alternative

Auch die Kinderkrippen «bieten keine Alternative», sagt Susanne Hänni. Die Unruhe und die häufigen Wechsel von Personal und Kindern in vielen Krippen erschwerten die gute Erziehung

stark, meint sie. Die Präsidentin der Hausfrauengewerkschaft erklärt: «Wir setzen uns ein für einen besseren Familiensusammenhalt.» In der ganzen Krippeneuphorie sei die Bedeutung der Familie untergegangen – «wir versuchen, das wieder zurechtzurücken». Die neue Hausfrauen-Lobby, die eher «im übertragenen Sinn» eine Gewerkschaft ist, sucht nun den «goldenen Mittelweg» zwischen SVP und SP, wie Hänni sagt: Das konservative Verständnis der Frau, die zwingend an den Herd gehöre, funktioniere ebenso wenig wie das der Linken mit ihrer absoluten Zurück-in-den-Beruf-Devisen.

Susanne Hännis Biografie enthält beide Modelle. Ihr erstes Kind gebar sie mit 19 Jahren, es folgte bald ein

zweites; sie hatte gerade das Gymnasium absolviert, fing dann, weil sie Grafikerin werden wollte, die Kunstgewerbeschule an. Nach privaten Turbulenzen brach sie die Ausbildung ab, jobbte, um Geld zu verdienen. Erst später wurde sie Hausfrau, zwei weitere Kinder kamen dazu. Sie engagierte sich dann in der Öffentlichkeit, baute etwa eine Spielgruppe auf, arbeitete bei der Planung von Spielplätzen mit. Heute ist sie Schulpflegerin in Dübendorf und Mitglied der Grün-Liberalen Partei, dem bürgerlichen Ableger der Grünen um Regierungsrätin Verena Diener und Martin Bäumle. Dass sie sich als junge Erwachsene «ein paarmal den Kopf angeschlagen» hat, deutet Susanne Hänni als Spätfolge der antiautoritären Erziehung, die sie selber erfahren hat. «Ja», sagt sie, «ich wünschte mir, mit mehr elterlicher Lenkung erzogen worden zu sein.»

Sie serviert einen Kaffee, jetzt stossen die Kinder dazu, grüssen freundlich und schnappen sich ein Gipfeli. Der Anweisung des Fotografen, mit einem Lappen das Küchenfenster zu putzen, leistet Susanne Hänni mit ironischer Gelassenheit Folge. Dann geht ihre Rede weiter über die heutige Zeit und die erzieherischen Probleme, dass den Kindern zu wenig Grenzen gesetzt würden, dass sie zu viel Aufmerksamkeit bekämen, dass die Frustrationstoleranz bei den Kindern sinke und die Zahl der Problemkinder in den Schulen bedrohlich steige.

Ideologisches Minenfeld

Als ihr Gegenüber einwendet, jetzt sei sie aber tief ins Gelände der ideologischen Behauptungen vorgedrungen, antwortet sie fröhlich: «Es ist meine Meinung. Ich bin davon überzeugt.» Sie schiebt einen Zusatz nach: «Nichts ist ideologisch so vermint wie die Kindererziehung.» Und als gelte es, endlich die Sorgenfalten des Besuchers zu vertreiben, fügt sie an: «He, wir sind nicht die frustrierten Hausfrauen, die um Anerkennung betteln! Wir möchten auf spielerischer Ebene Lust machen auf Kinder und darauf, die Kinder selber zu betreuen – zumindest in den ersten Jahren.» Na, dann ist gut.



«Kinder brauchen feste Bezugspersonen», sagt Susanne Hänni, Präsidentin der Hausfrauengewerkschaft. (Christian Beutler)

Christoph Blocher denkt um und ist für ein höheres Rentenalter

Das Rentenalter müsse erhöht werden, fordert SVP-Bundesrat Christoph Blocher neuerdings. Noch im letzten Jahr sagte er das Gegenteil. Auch andere in der SVP sind am Umdenken.

Markus Häfliger

Unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat Christoph Blocher eine Kehrtwende in der Frage des Rentenalters vollzogen. «Die Leute werden länger arbeiten müssen», erklärte er am Mittwoch in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» – und präziserte: «Ich spreche nicht von einem höheren Rentenalter im nächsten Jahr. Aber längerfristig wird es wahrscheinlich in diese Richtung gehen.»

Mit dieser Aussage kommt Blocher ausgerechnet seinem schärfsten Kritiker zu Hilfe: dem FDP-Bundesrat und AHV-Minister Pascal Couchepin, der die Debatte um das Rentenalter 67 vor anderthalb Jahren lanciert hatte. Sein Vorschlag lautete, das AHV-Alter 2015 auf 66 und 2025 auf 67 zu erhöhen.

Als Couchepin diese Pläne im Mai 2003 präsentierte, gehörte Blocher noch zu seinen Kritikern. «Eine Erhöhung des Rentenalters ist nicht nötig, wenn endlich das überschüssige Gold der Nationalbank für die AHV genutzt wird», teilte er der Nation via «Blick» mit. Und die SVP erklärte offiziell, dass die AHV «ohne Erhöhung des Rentenalters gesichert werden muss».

Damit hatte sich die SVP im Wahljahr aus dem Schussfeld genommen; der Volkszorn konzentrierte sich ganz auf die FDP. Heute geht man in der FDP davon aus, dass die Rentenalter-Debatte mitverantwortlich war für das Debakel bei den Nationalratswahlen. Für die SVP ist das Thema allerdings



«Länger arbeiten»: Blocher und Bortoluzzi sind sich einig. (Monika Flückiger/Keystone)

noch heikler als für die FDP. In keiner anderen Bundesratspartei ist die Opposition grösser: Laut einer Umfrage des GfS-Forschungsinstitutes sagten im Jahr 2003 67 Prozent der SVP-Wähler, sie seien «überhaupt nicht einverstanden» damit. Bei der SP lehnten 66 Prozent ein höheres Rentenalter ab, bei der FDP waren es 50 Prozent.

Trotzdem stösst Blochers Tabubruch auch in der SVP auf Zustimmung. «Wir kommen mittelfristig um eine Erhöhung des Rentenalters nicht herum», sagt Nationalrat Roland Borer, und Kollege Toni Bortoluzzi erklärt unumwunden: «Ich bin gleicher Meinung wie Blocher.» So hat Bortoluzzi Mitte Dezember bereits eine parlamentarische Initiative eingereicht, die die Angleichung des Rentenalters für Frauen (heute 64) an jenes der Männer (65) fordert. Darüber hinaus sei er dabei, ein eigenes Modell für eine weitergehende Erhöhung des «Regelrenten-

alters» auf 67 zu entwickeln. Bortoluzzi schwebt vor, dass sich all jene vorzeitig pensionieren lassen könnten, die vor dem 67. Lebensjahr eine «Lebensarbeitszeit» von 45 Jahren erreichen. Dies käme wenig qualifizierten Berufsleuten zugute, die früh ins Erwerbsleben eintreten; Akademiker hingegen müssten bis 67 arbeiten.

Offiziell ist ein höheres Rentenalter in der SVP jedoch noch kein Thema. Präsident Ueli Maurer weigert sich, die Frage des Rentenalters «isoliert» zu beantworten. «Ich wehre mich gegen diese Diskussion, solange man nicht bereit ist, eine Gesamtopik der gesamten Altersvorsorge zu diskutieren.»

Blocher jedenfalls, der im Oktober selber 65-jährig wird, sieht keine Probleme mit einer späteren Pensionierung. Im «Tages-Anzeiger» meinte er, er selber könne ja auch noch arbeiten, während viele in seinem Alter «eigenartigerweise» schon pensioniert seien.

Classe politique

Hans Widmer, Philosoph in der SP-Fraktion, beweist, dass unterschiedliche Kulturverständnisse sehr wohl friedlich nebeneinander existieren können. In der Berner Wohnung des Luzerner Nationalrats hängt seit kurzem neben einer Gugguin-Reproduktion eine Original-Appenzeller «Alpabfahrt». Noch stolzer als auf das Bild ist Widmer auf den Kunsthändler, der ihm das Werk vermittelt hat. Niemand Geringerer als Finanzminister Hans-Rudolf Merz hat seinen Draht in die Heimat spielen lassen, um parteiübergreifend für die Verbreitung von Appenzeller Volkskunst zu sorgen.

Ueli Maurer, Dauerwahlkämpfer auf nationaler und kantonaler Ebene, trickst das Schweizer Fernsehen aus. Als der SVP-Präsident am Dienstag für die Sendung «10 vor 10» ein Statement abgab, stellte er sich so, dass auch das Wahlkampfplakat von SVP-Regierungsratskandidat Toni Bortoluzzi gross ins Bild kam. Damit hat die SVP nicht nur Tausende von Franken für einen TV-Spot gespart, sondern auch das Verbot politischer Fernsehwerbung unterlaufen. Maurer lässt eben nichts unversucht, auf dass es seinem Parteikameraden nicht ebenso geht wie ihm selber 1991: Damals wurde Maurer von den Zürchern bei der Regierungsratswahl nicht gewählt.

John Dupraz, Getreideproduzent in der FDP-Fraktion, wird normalerweise nicht müde, die grossen Unterschiede zwischen dem liberalen lateinischen Flügel und dem



Fulvio Pelli, Georges Theiler (Keystone)

wirtschaftsnahen Deutschschweizer Freisinn zu betonen. In der Analyse der beiden Kandidaten für das FDP-Präsidium kommt er gegenüber der «Neuen Luzerner Zeitung» allerdings zu einem erstaunlichen Schluss: «Es ist nicht fair und auch nicht wahr, wenn Theiler sagt, er politisiere deutlicher rechts als Pelli.» Immerhin lehnt Theiler einen EU-Beitritt klar ab, während der Tessiner Pelli einer Annäherung an die EU positiv gegenüber steht. Offen bleibt, ob die FDP, wie Dupraz behauptet, nun tatsächlich geschlossen einen Mitte-Rechts-Kurs fährt, oder ob es sich bei ihm um einen Anflug von Altersmilde handelt.

Fulvio Pelli, lateinischer Fraktionschef der Freisinnigen im Bundeshaus, hat, was den Ausstich ums Präsidium betrifft (siehe oben), einen Konkurrenten: Georges Theiler. Die Kandidaten erinnern einen ein wenig an die Miss-Schweiz-Wahl, wo auch alle gleich aussehen. Also: Ob Pelli oder Theiler – das ist gepufft wie gesprungen, Hans was Heiri, Hemd was Hose.

ANZEIGE

NEU

Bettautomat mit Rückenmatratze GRANDESSA
riposa AG Swiss Sleep, 8865 Biltten, Tel. 055 619 30 00, www.riposa.ch

riposa
 SWISS SLEEP